

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:
Ernst Thälmann, Berlin.
Verleger: Ernst Thälmann 4125/4126



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin G 201, Zehn-Minuten-Platz 2
Druckort: Berlin

Die Zeitung erscheint im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gemäß § 10 des Preßgesetzes
aus dem Druckverfahren, wenn nicht anders verordnet ist, zu entnehmen.

Berlin, den 7. Febr. 1933.

Int. ins Haus
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Stimmung, Stimmung!

Der Ersatz für Arbeit und Brot.

SPD. Immer noch harren wir auf den Beginn jener grossen Taten, die uns von Hitler, Goering, Frick, Goebbels und der Nazipresse jahrelang als die leuchtenden Zeichen des Dritten Reiches verkündet und hunderttausendmal versprochen worden sind. "Gebt Hitler die Macht und in 48 Stunden wird sich alles wenden." Die 48 Stunden sind längst vorüber, gewendet hat sich vieles. Es sind viele neue Herren zu Ämtern, Posten und Würden gekommen, aber wo ist auch nur die geringste Hilfe und Wohltat für die Mühseligen und Beladenen?

Gewiss, wir haben nie geglaubt und immer gewarnt vor der künstlich und zu Propagandazwecken genährten Illusion, die Arbeitslosigkeit könne über Nacht beseitigt und mit einem Zauberschlag aus einer kapitalistischen Wirtschaft ein soziales Paradies geschaffen werden. Nur die Dummen konnten es für bare Münze nehmen. Aber wo ist wenigstens der Spatenstich zu diesem Paradies, wo ist wenigstens der Beginn eines Versuches den Hunger zu stillen, die Arbeitslosigkeit zu mindern, den Frierenden eine warme Stube, dem darbenenden Mittelstand auch nur eine Hoffnung zu geben auf bessere, schöne Zeiten?

Jetzt, wo die Nationalsozialisten in der Amtlichkeit sitzen, scheint es, als sei für sie alles nicht mehr so wichtig, als habe die Welt ein ganz anderes Ansehen; als würde angeboten, was gestern verbrannt und verbrannt, was gestern angeboten wurde. Da ist beispielsweise der Rundfunk! Welch ein Toben und Schimpfen in der Nazipresse über die "Vergewaltigung" des Rundfunks und der Hörer, weil Brüning oder Papen eine Regierungserklärung durchsagten. Und was steht uns für den kommenden Freitag bevor? Dass Hitler nicht als Reichskanzler sondern als Parteimann ans Mikrofon treten wird, zum Zwecke nationalsozialistischer Propaganda. Vorher wird der "Reichspropagandaleiter" Goebbels eine halbe Stunde lang Stimmungsbilder aus dieser Berliner Nazikundgebung allen deutschen Hörern übermitteln. Ob es die allen Parteien angehörnden und zahlenden Hörer wünschen oder nicht, die neuen Herren sitzen in der Macht. Sie ordnen an! Zum erstenmal war es von Papen, der den Rundfunk den politischen Interessen der Rechtsparteien freigab. Das Experiment endete mit einem Bankrott des Rundfunkscholz. Jetzt wird das Experiment noch zehnmals schlimmer, einseitiger und würdeloser von einem Agitator wie Goebbels wiederholt und fortgesetzt werden. Für die Nazipresse ist jetzt alles gut und schön. Hitler braucht nicht mehr rundzufliegen, er kommt zu jedem Hörer ins Haus, mit dem Vierjahresplan oder, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung am Montag meinte, mit den viermal vier Jahren. Unterdessen warten die Arbeitslosen, die Kriegsbeschädigten und Rentner, denen die erste Papenverordnung die karge Unterstützung geschmälert hat, vergeblich auf die Aufhebung der Notverordnungen der "feinen Leute". Statt Arbeit und Brot offeriert man ihnen Päckelzüge, Staatsbegräbnisse und Stimmungsbilder des Herrn Goebbels. Als ob davon

ein Mensch satt würde.

Stimmung, Stimmung heisst die grosse Parole. Stimmung statt Arbeit und Brot. Das offenbart auch der am Dienstag herausgegebene Erlass des kommissarischen Innenministers für Preussen, Goering, an die ihm "unterstellten" preussischen Beamten. Hei wie das klingt: "altpreussisches Beamtentum, wieder Hort der Sauberkeit, Sparsamkeit und hingebenden Pflichterfüllung, um alles das "auszurotten", was 14 Jahre lang nichts mit Volkstum, echter Vaterlandsliebe und Aufopferung für Gesamtheit der Nation gemein hatte!" "...Ich bin dabei der festen Ueberzeugung, dass der Kern des preussischen Beamtentums noch nicht angekränkt ist von jener Weltanschauung, die die Liebe zum Vaterland zu einer lächerlichen Tugend zu machen versucht hat."

Worte, nichts als Worte. Was sie mit den geschichtlichen Tatsachen von 1914 bis zum Amtsantritt der neuen Herren zu tun haben, das ist am besten nachzulesen in der Rede, die der Stahlhelmführer Duesterberg am Sonntag in Berlin gegen die anmassenden jungen Leute gesagt hat, die 1914 noch in den Windeln lagen und sich heute herausnehmen, Hunderttausende von Marxisten und Zentrumsleuten als Vaterlandsverräter zu beschimpfen. Wir glauben im übrigen, dass sich die preussischen Beamten, selbst jener gesund gebliebene und Herrn Goering sehr gefällige Kern, die erste öffentliche Amtshandlung ihres neuen Vorgesetzten anders vorgestellt haben. Wie wir so haben auch sie sicher erwartet, daß mit den neuen Männern endlich die Aufhebung aller Gehaltskürzungen verfügt oder wenigstens für die nächste Zeit in Aussicht gestellt wird. Aber auch zu dieser Prophezeiung, die jahrelang im Lande verheissen wurde, stehen ihre Propagandisten nicht.

Die Notverordnungen der Papen-Barone bleiben, den Versprechungen folgen neue, neue Vertröstungen, Vierjahresplan und als Ersatz für Arbeit und Brot: Stimmung, Stimmung für die Wahlen!

SPD. Paris, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Der neue Streich gegen Preussen wird, wie aus Überschriften und Kommentaren hervorgeht, von der ganzen französischen Presse als verfassungswidrig scharf verurteilt. So schreibt der "Temps":

"Selten hat man einen politischen Gewaltstreich gesehen, der mit solcher Kühnheit durchgeführt worden ist. Um den Widerstand der Landtagsmehrheit gegen die Auflösung zu brechen, hat die Reichsregierung beim Reichspräsidenten durchgesetzt, dass der Landtag und die legale preussische Regierung mit einem Federstrich beseitigt wurden. Dass diese Massnahme gemäss dem Urteil des Reichsgerichts vom Oktober vorigen Jahres gegen die Verfassung verstösst, daran besteht kein Zweifel. Die einzige Gefahr für die Ruhe in Preussen besteht in dem Eingriff des Reichskommissars in die Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten. Die Tatsache, dass der Präsident des Reichsgerichts vor der Unterzeichnung der Verordnung persönlich befragt worden ist, gibt der getroffenen Massnahme keineswegs den Anschein der Legalität.

Am Schluss des Artikels stellt der "Temps" fest, dass dieser Streich und die Verordnung über die Beschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit sonderbare Vorbedingungen für aufrichtige Wahlen darstellen.

SPD. Die Todesfälle an Grippe in Frankfurt am Main haben die Zahl 60 überschritten. Am Dienstag sind 15 Personen an Grippe gestorben.

SPD. Dresden, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Deutschnationale Partei in Dresden hat den Vorsitzenden und vier prominente Mitglieder des deutschnationalen katholischen-Ausschusses ausgeschlossen. "Ahlreichen Unterführern droht das gleiche Schicksal, wenn sie sich nicht bis zum 19. Februar gewissen Wünschen Hugenberg's gebeugt haben.

SPD. Die Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags, der sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Löbe mit der Sicherung der Wahlfreiheit und der Fortsetzung der Untersuchung über die Osthilfe beschäftigen sollte, wurde von den Nationalsozialisten nach kurzer Dauer unter beispiellosen Beschimpfungen und Drohungen gesprengt.

Vor Beginn der sachlichen Beratungen gab der nationalsozialistische Rechtsanwalt Frank II die Erklärung ab, dass die nationalsozialistischen Mitglieder es ablehnten, an Sitzungen dieses Ausschusses teilzunehmen, solange Löbe Vorsitzender sei. Löbe habe Hitler im Wahlkampf als "Adolf den Slowaken mit den blutigen Fingern" bezeichnet. Damit sei die charakteristische Unfähigkeit Löbes völlig erwiesen. Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses begleiteten die Bemerkungen von Frank II, der sich immer wieder überschrie und nicht wiederzugebende Schimpfworte gebrauchte, mit wüsten antisemitischen Beschimpfungen und Drohungen. Worte wie Saukerl, Judenschwein, Lump, jüdischer Gauner prasselten wild durcheinander. Frank beendete seine Erklärung mit der Androhung, dass die Nationalsozialisten jede Sitzung des Ausschusses mit Gewalt verhindern würden. Sie beantragten, die Sitzung zu unterbrechen.

Abg. Löbe versuchte, sich als Vorsitzender wiederholt Gehör zu verschaffen. Aber jedesmal wurde er durch beleidigende Zurufe der Nazis gehindert. Schließlich erhob er sich von seinem Sitz und unterbrach die Sitzung. Beim Verlassen des Saales wurden Löbe und die sozialdemokratischen Mitglieder wieder mit Beschimpfungen überschüttet. Die Nationalsozialisten blieben nach dem Auszug der anderen Parteien zunächst im Sitzungssaal. Nach etwa einer halben Stunde erklärte dann Frank II als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses eigenmächtig und rechtswidrig die Sitzung für eröffnet und vertagte sie auf unbestimmte Zeit. Sozialdemokraten, Zentrum, Kommunisten und Deutschnationale waren nicht im Saale. Die Anordnungen von Frank II entbehren also jeder Wirksamkeit.

Abg. Löbe hat nach der Vertagung des Ausschusses folgenden Brief an den Reichspräsidenten Göring gerichtet, dem nach der Geschäftsordnung die Ausübung der Ordnungsgewalt zusteht:

"Die nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses zur Wahrung der Volksrechte haben unter Führung des Abg. Frank II durch ununterbrochenes Schreien, Beschimpfungen des Vorsitzenden und Drohung mit Gewalt verhindert, dass der Ausschuss in seine Beratungen eintreten konnte. Sie haben ferner gedroht, jede neue Sitzung des Ausschusses unter meinem Vorsitz mit Gewalt unmöglich zu machen. Ich bitte Sie deshalb auf Grund Ihrer präsidentialen Befugnisse dafür zu sorgen, dass ich die Wiederaufnahme der Beratungen in einer neuen Sitzung durchführen kann, die ich ansetzen werde, sobald Ihre Zusicherung in meinen Händen ist.

Da die Gegenstände der Beratung eilig, die Mitglieder des Ausschusses in Berlin versammelt sind, erbitte ich mir Ihren Bescheid noch am heutigen Tage."

Löbe beabsichtigt, die neue Sitzung des Ausschusses am Mittwoch stattfinden zu lassen. Die Vorgänge am Schluss der Sitzung haben keinerlei Bedeutung, da er die Verhandlungen des Ausschusses lediglich unterbrochen hatte. Der stellvertretende Vorsitzende ist zu Amtshandlungen nur befugt, wenn der Vorsitzende behindert ist.

+ + +

Wie sehr die Nazis die angebliche Äusserung von Löbe über Hitler an den Haaren herbeigezogen haben, geht am besten aus folgender Erklärung Löbes über den wirklichen Sachverhalt hervor:

"In einer Versammlung in Bad Salzungen war er vor der Eröffnung der Versammlung mit Zurufen von Nationalsozialisten bedacht worden und führte deshalb aus: Die Nationalsozialisten nennen mich "Kriegsdienstverweigerer", "Landesverräter", "Novemberverschreiber". Sie haben den Kampf auf das persönliche Gebiet geschoben. Was würden Sie sagen, wenn wir von ihrem Führer unter Hinweis auf seine Herkunft "Adolf der Slowenier" sagen würden?"

Der Ausdruck von "Blutigen Fingern" beruht auf freier Erfindung."

Es sei im übrigen darauf hingewiesen, dass Löbe es war, der in der 232. Sitzung des Reichstags vom 10. November 1926 folgendes erklärte:

...Worum es sich bei der Auseinandersetzung handelte, war die Frage, ob Adolf Hitler die Aufnahme in den deutschen Staatsverband gewährt werden solle, um die er nachgesucht hat. Diese Frage habe ich bejaht. Ich bin der Meinung, dass ein Deutscher aus Österreich, der vier Jahre im Weltkriege für Deutschland sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, der Zutritt zum Deutschen Staatsverbannde nicht verwehrt werden sollte. Ich glaube, ein Volk vergibt sich etwas, wenn es gegen seine eigenen Stammesgenossen in dieser Weise handelt.

Man wird also wohl den wahren Grund für das Sprengen der Sitzung des Uebungsausschusses in anderen Ursachen suchen müssen, und man findet sie nicht unschwer, wenn man an die Tagesordnung denkt: Sicherung der Wahlfreiheit und Untersuchung der Osthilfe.

SPD. Harburg/E., 7. Februar (Eig. Dr.)

Der Naziterror hat in Harburg innerhalb einer Woche das dritte Todesopfer gefordert. In der Nacht zum Dienstag wurde der kommunistische Schlosser Leuschel und sein Begleiter von SA-Leuten ohne jeden Grund niedergeschossen. Leuschel war sofort tot. Der zweite Arbeiter ist schwer verwundet.

SPD. Die Klageschrift des preussischen Staatsministeriums gegen die Entrechtungs-Verordnung des Reichspräsidenten, die am Dienstag in Leipzig eingetroffen ist, gipfelt in der Forderung, der Staatsgerichtshof möge feststellen, dass die neue Preussenverordnung aufzuheben sei, weil sie weder mit der Reichsverfassung in Einklang stehe noch mit dem Staatsgerichtshofurteil vom 25. Oktober.

In der Begründung dieses Antrags heisst es: Die in der Reichsverordnung behauptete Pflichtverletzung Preussens, die das Staatsleben gefährde, bestehe nicht. Preussen habe sich vielmehr auf den Boden der Staatsgerichtshofentscheidung gestellt und verschiedene Male öffentlich mit aller Deutlichkeit diese Auffassung verkündet, ganz unbeschadet der Ansicht der preussischen Regierung, dass auch das erste Staatsgerichtshofurteil Preussen nicht in allen Punkten gerecht geworden sei. Die Regierung Braun habe sich bemüht, eine friedliche Verständigung zu erzielen und dabei äusserste Geduld und Zurückhaltung gegenüber dem Reich geübt, so weit, dass die Regierung Braun sehr häufig in der Öffentlichkeit wegen ihrer zurückhaltenden Haltung nicht verstanden, sondern angegriffen worden sei. Wenn das Reich jetzt behaupte, Preussen habe durch das Verlangen, der Staatsregierung Akten und Beamte zur Verfügung zu stellen, Verwirrung in das Staatsleben gebracht, so sei das zurückzuweisen. Nicht nur das Staatsgerichtshofurteil selbst, sondern auch der Erlass des Reichspräsidenten vom 18. November über die Gewaltenteilung stelle ausdrücklich als Recht der preussischen Staatsregierung fest, dass sie die erforder-

lichen Akten und Beamten anfordern müsse, die zur Durchführung der nach dem Staatsgerichtshofurteil der Regierung Braun zugewiesenen Pflichten erforderlich sind. Dabei sei die Regierung Braun noch sehr sparsam mit den Befugnissen umgegangen und man könne ihr unmöglich eine Pflichtverletzung aus der Ausführung des Staatsgerichtshofurteils und der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November unterstellen wollen.

SPD. Warschau, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Berufungsprozess gegen die früheren Häftlinge von Brest-Litowsk brachte schon am Dienstag, dem ersten Verhandlungstag, eine sensationelle Wendung. Von den drei Richtern hat einer die Häftlinge von Brest-Litowsk in einem Presseprozess als "Verbrecher" bezeichnet. Die Verteidigung lehnte diesen Richter deshalb als befangen ab und beantragte ein anderes Richterkollegium zusammenzustellen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Dr. Liebermann erklärte daraufhin, dass unter diesen Umständen alle Angeklagten auf jede Verteidigung verzichteten und auch selbst keine Erklärungen während der Verhandlungen abgeben würden. Die Verteidiger verliessen dann den Saal.

SPD. Die Bluthetze, die seit Jahr und Tag von nationalsozialistischer Seite getrieben wird, veranlasst neuerdings auch Organe zur Abwehr, die bisher nicht gegen die Nazis kämpften. So lesen wir in dem Berliner Organ des Jungdeutschen Ordens :

"Die Regierungspresse entfaltet eine masslose Hetze gegen alle die Volksteile, die nicht bedingungslos hinter der Regierung Hitler-Papen-Hugenberg stehen. Ein besonders übles Kapitel in dieser Hetze ist die Stellungnahme der Regierungspresse zu den politischen Mordtaten der letzten Wochen. Die bedenkenlose Aushützung jedes Opfers der Strassenschlachten zu Reklamezwecken hat Formen angenommen, die nur als völlig undeutsch bezeichnet werden können. Die Uebertragung des Staatsbegräbnisses für den SA-Sturmführer Maikowski und den Polizeiwachtmeister Zauritz durch Rundfunk hat weiten Volkskreisen einen Einblick in diese Art politischer Propaganda gegeben. Wie rücksichtslos der Tod hier in den Dienst der Parteireklame gestellt ist, geht auch daraus hervor, dass die Aufbahrung des katholischen Polizeiwachtmeisters Zauritz im Berliner (evangelischen) Dom gegen den Willen seiner Angehörigen und gegen den Protest des bischöflichen Ordinariats vorgenommen wurde. Die kommunistische Presse behauptet übrigens auf Grund von Erklärungen der Verwandten und Kollegen von Zauritz, Zauritz habe der KPD nahegestanden. In der Tat haben während der Begräbnisfeierlichkeiten im Dom kommunistische Arbeiter an der Stelle, wo Zauritz in Charlottenburg erschossen wurde, zwei grosse Kränze niedergelegt."

Die Regierungspresse stellt in verlogenster Weise jeden politischen Zusammenstoss als "Ueberfall" von Kommunisten oder Reichsbannerleuten hin. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass seit dem 22. Januar in politischen Auseinandersetzungen nicht weniger als 23 Angehörige der Linksparteien getötet worden sind. In welcher Weise die Regierungspresse über diese Mordtaten berichtet, verdient an einigen Beispielen festgehalten zu werden. In Breslau wurde bei einer Demonstration der Eisernen Front nach Zusammenstössen mit Nationalsozialisten der dem Reichsbanner angehörende Student Walter Steinfeld erstochen. Die Hugenberg'sche "Nachtausgabe" bringt die Mitteilung davon unter der Ueberschrift "Wenn die Eisernen Front demonstriert". Der Hitlersche Nazi-"Angriff" schreibt wörtlich: "Nach der Kundgebung überfiel das Reichsbanner

wiederholt Nationalsozialisten. Bei einem Zusammenstoss wurde der Student Walter Steinfeld getötet. Kein Wort davon, dass Steinfeld Reichsbannermann und dass seine Mörder Nationalsozialisten waren. -

In Stassfurt erschoss ein 17jähriger (!) Gymnasiast, Nationalsozialist, den sozialdemokratischen Bürgermeister Kasten. Die Schuld des Täters ist erwiesen. Der Nazi"Angriff" schreibt darüber: "Der erste Bürgermeister Kasten aus Stassfurt wurde angeschossen. Er ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Der Tat dringend verdächtig ist der Gymnasiast Joachim Mathens, der mit Hilfe des nationalsozialistischen Kreisleiters festgenommen wurde." Kein Wort davon, dass Kasten Sozialdemokrat war und Mathens Nationalsozialist ist und dass der Kreisleiter der NSDAP sich erst zur Herbeischaffung des Täters bereit erklärte als die Polizei ihm Haussuchungen bei sämtlichen nationalsozialistischen Führern angedroht hatte. -

Die übelste politische Untat der letzten Tage ist wohl der planmässige Ueberfall von 16 Mann des Sturms 6 der Berliner SA auf das kommunistische Lokal "Pappschachtel" in Berlin-Friedenau. Die Hugenbergsche "Nachtausgabe" versieht ihren kurzen Bericht mit der Überschrift "Der Zwischenfall in Schöneberg". Der "Angriff" bringt unter den Überschriften "Die Blutbilanz des Sonntags", "Im ganzen Reiche Provokationen der KPD und des Reichsbanners" wörtlich folgende Meldung: "In der vergangenen Nacht entwickelte sich vor der berühmtesten kommunistischen Kneipe "Pappschachtel" in Berlin-Friedenau eine Schlägerei, in deren Verlauf die Wirtin, Frau Röder, durch Bauchschuss verletzt wurde. Sie verstarb heute kurz vor 3 Uhr morgens im Krankenhaus". In Wahrheit handelt es sich um einen planmässigen Ueberfall auf das Lokal, in dem sich zur Zeit der Tat nur 6 Gäste befanden, durch 16 SA-Leute. Die SA durchsuchte unter Bedrohung mit Schusswaffen die Anwesenden nach Waffen und zertrümmerte das gesamte Inventar der Gastwirtschaft. Als die Wirtin, eine 61jährige Witwe, versuchte, in die Küche zu flüchten, gab ein SA-Mann aus nächster Nähe den tödlichen Schuss auf sie ab. Der Truppführer liess daraufhin seine Leute draussen antreten und wollte in geschlossener Formation abmarschieren. Der ganze Trupp wurde aber durch das inzwischen eintreffende Ueberfallkommando festgenommen. Bei einer Durchsuchung der SA-Leute beschlagnahmte die Polizei 10 Pistolen, 2 Knüppel, eine Stahlrute, eine Beilpicke, zahlreiche Munition und verschiedene Messer. -

Das also ist die Art und Weise, in der die Mannen der "Regierung der nationalen Erhebung" die Volksgemeinschaft herstellen wollen. Und so sieht die Berichterstattung der Presse aus, auf die diese "Regierung der nationalen Erhebung" sich stützt. Das ist übelste und gefährvollste Volksverhetzung!"

SPD. Hamburg, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

In Kreisen der Hamburger SA verlautet, dass der am Montag-Abend auf der Toilette eines SA-Lokals tot aufgefunden SA-Mann einem Fememord zum Opfer gefallen sein soll. Die Patronenhülse, aus der die tödliche Kugel stammte, wurde vor der Tür der Toilette des SA-Lokals, in dem ausschliesslich Nationalsozialisten verkehren, aufgefunden.

SPD. Graf Apponyi, der Führer der ungarischen Abrüstungsdelegation in Genf, ist am Dienstag-Nachmittag im Alter von 87 Jahren an den Folgen einer Lungengrippe in Genf gestorben.

Die letzte Nummer der im Verlag der Dresdener Volkszeitung erscheinenden Wochenschrift "Der Sonntag" wurde vom Dresdener Amtsgericht auf Veranlassung des Polizeipräsidiums beschlagnahmt. Die Nummer soll angeblich schwere Beleidigungen der Polizei enthalten. Eine Begründung der Massnahme liegt noch nicht vor. Die Beleidigungen werden offenbar in einem Aufsatz erblickt, der sich mit dem blutigen Vorfall in jener Dresdener kommunistischen Versammlung befasst, in der neun Menschen getötet wurden.

SPD. Am Dienstag-Abend antwortete das rote Berlin auf die Rundfunkrede Hitlers. Hunderttausende waren dem Ruf gefolgt und während die Kollonnen immer noch anmarschierten, die Strassen des Zentrums füllten, war der Lustgarten bereits bis auf den letzten Platz gefüllt. Es war die grösste Kundgebung, die Berlin je erlebt hat.

Die Antwort der Hunderttausende auf Hitlers Rundfunkrede erteilte der Führer der deutschen Sozialdemokratie Otto Wels. Er führte aus :

Der politische Mord rast durch Städte und Dörfer. Mit Entsetzen sieht die Welt auf unser Land, das einstmals das Land der Dichter und Denker hiess, mit dem verglichen heute die Länder des Balkans als friedliche Kinderstube erscheinen.

Hitler hat in einer Rede, für die das gesamte Reichskabinett sich verantwortlich erklärt hat, wiederum von den Novembervernichtern gesprochen. Er sprach ferner von den 14 Jahren, in denen der Marxismus Deutschland zugrunde gerichtet habe. Aber wie war es damals vor 14 Jahren? Damals war Deutschland ein Scherbenhaufen. Damals standen wir vor der schwersten Aufgabe, die ein Volk seit Menschengedenken zu bewältigen hatte. Hugenberg und von Papen kennen die Parteien genau, die das Trümmerfeld von 1918 herbeigeführt habe. 150 Milliarden Kriegsschulden und ein Heer von Kriegsgewinnlern und Kriegsschiebern hat jenes System gezüchtet. Eine marxistische Regierung hat Deutschland vor dem Schwersten bewahrt. (Stürmischer Beifall) Millionen deutscher Soldaten wurden durch gesetzliche Massnahmen in wenigen Monaten in ihren alten Arbeitsstätten untergebracht. Der Plan der Kriegsgegner, Deutschland zu besetzen und zu zertrümmern, wurde abgewehrt. Das zerstörte Verkehrswesen, die vernichtete Handelsflotte, die abgelieferte Rheinflotte, die jahrelange Blockade, die nach dem Kriege noch weiter bestand, die Erschütterungen der ganzen Volkskraft schienen für den Wiederaufbau schier unüberwindbare Hindernisse. Sie wurden überwunden. Aber das ging nicht mit schwülstigen Redensarten, sondern nur durch übermenschliche Anspannung der Kräfte, durch angestrengteste Arbeit.

Vierzehn Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert, sagen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Aber fünf Jahre nur war die Sozialdemokratie an den Regierungen beteiligt. Das aber, was an wirklicher Aufbauarbeit geleistet wurde, fällt in die erste Zeit nach dem Kriege, in der allein sozialistischer Einfluss herrschte. Damals haben wir das Dreiklassenwahlrecht beseitigt, wir haben die Gesindeordnung beseitigt und den rechtlosen, staatsfeindlichen Arbeiter dem Staate nähergebracht. Wir haben dem Arbeiter das Recht auf Arbeit garantiert und dem Arbeitslosen die Unterstützung des Staates gesichert, wir haben den Arbeitenden durch das Tarifrecht den Lohn zu garantieren gebracht. Was wir aussenpolitisch geleistet haben, wird dadurch nicht geringer, dass Herr von Papen in Lausanne die Früchte unserer Arbeit ernten konnte. Die Rheinlandbefreiung, die Beseitigung der Reparationen ist das Verdienst der von uns eingeleiteten, von Rathenau, Stresemann und Brüning fortgeführten Aussenpolitik. Hugenberg weiss das genau, die Deutschnationalen waren vier Jahre lang mitführend in der Regierung.

Jetzt sitzen die Führer der Nationalsozialisten und Deutschnationalen mit Herrn von Papen, der dreizehn Jahre lang als Zentrumsabgeordneter im

Preussischen Landtag mit den marxistischen Parteien zusammen stimmte, in der Regierung. Acht Tage ist das neue Kabinett jetzt am Ruder. Wo sind seine Taten? Immer noch nicht hat das Volk die Wunderrezepte kennen gelernt, mit denen die Nationalsozialisten im Handumdrehen Not und Elend für alle Bevölkerungsschichten zu beseitigen versprochen. Sie ruhen weiter verborgen im Schubfach der Braunen Häuser.

Statt dessen ist ein Kampf um die Futterkrippe in vollem Gange. Und schon gibt man der Besorgnis Ausdruck, dass die Nationalsozialisten sich insgeheim nach anderen Bundesgenossen umsehen, wenn es ihnen nicht gelingt, bei den Wahlen im Reichstag die Mehrheit zu erhalten. Indessen jagt eine Notverordnung die andere. Immer stärker schwindet das Bewusstsein im Volk, in einem Rechtsstaat zu leben. Ein Stacheldraht von Verboten, Strafandrohungen umgibt uns, wohin wir auch blicken. Die verfassungsmässig gewährleisteten Rechte, die Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingeengt. Der "Vorwärts" und andere sozialdemokratische Blätter sind wegen des Wahlaufrufs des Parteivorstandes beschlagnahmt worden. Ausserdem wurde ein Hochverratsverfahren eingeleitet. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat sich vor dem Oberreichsanwalt zu seinem Aufruf als verantwortlich bekannt. Wir sehen den Dingen mit Ruhe entgegen. Aber wir erinnern daran, dass es das Reichsgericht war, das es ablehnte, gegen die Verfasser der Boxheimer Dokument als Hochverräter einzuschreiten. Man vergleiche jenes bluttriefende Dokument mit dem Aufruf des Parteivorstandes und man wird denen Recht geben, die sagen: Hochverrat, wie hast Du Dich verändert!

Die Arbeiterschaft lässt sich durch die Strafandrohungen der Hitler-Regierung nicht einschüchtern. Sie hat schon in anderen Zeiten den Kampf zu führen gewusst mit ihren ureigensten Mitteln und wird ihn führen in der Art, wie sie es für richtig hält: Disziplin und Geschlossenheit. Das ist es, was die Eiserne Front in ihrem Kampf für die Freiheit zusammenhält. Die Eiserne Front weiss, dass man die Menschen durch Furcht nicht überzeugen kann, dass alle Gewalttaten und alle Bedrohungen die Hirne der Menschen nicht erobern, sondern sie abstossen, dass keine Kniffe, keine mechanische Ueberrumpelung den, der das Volk erobern will, von der Notwendigkeit entbindet, die Mehrheit der Nation durch Belehrung, Propaganda und gesetzliche Methoden auf dem Boden der Rechtsgleichheit zu gewinnen.

In diesem Sinne geht unser Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, um die Einheit des erwerbstätigen Volkes. Wir lehnen es ab, den Hunger und die Not unseres Volkes als Grundlage für Manöver um Machtstellungen auszubuten, wie wir das bei den Nationalsozialisten jetzt erleben. Das arbeitende Volk in seiner alle gleichbedrückenden Not ist innerlich eine Einheitsfront, denn die Not des einen ist das Elend des andern. Wenn man auch gestern noch einen Nichtangriffspakt zwischen den Arbeiterparteien abgelehnt hat, in der Masse lebt der Wille, und die Notwendigkeit schmiedet das Geschick. Das Interesse eines geordneten Staates ist mit den Interessen der Mehrheit seiner Bewohner immer identisch. Das deutsche Volk ist in sich selbst die beste Garantie für die Wahrung der Staatsinteressen. Hugenberg als der Vertreter der Schwerindustrie wird niemals als der Vertreter der Arbeiterinteressen betrachtet werden. Die Interessen des Kleinbauern werden durch die Osthilfe im Interesse des Grossgrundbesitzes geschädigt, aber niemals geschützt.

Das erwerbstätige Volk in Stadt und Land hat am 5. März noch einmal die Gelegenheit, sein Geschick selber in die Hand zu nehmen und durch ein überwältigendes Bekenntnis zur Demokratie, zum Selbstbestimmungsrecht des Volkes den Drohungen ein Ende zu bereiten, die davon sprechen, dass es das letzte Mal sein soll, dass Deutschland gewählt habe. Volk, schütze dein Recht! Das ist die Parole, unter der wir kämpfen und siegen! Zusammenstehen in Not und Gefahr! Einer für Alle, Alle für Einen! Freiheit! (Stürmischer Beifall.)

In mustergültiger Weise löst sich die vieltausendköpfige Menge nach dem Appell von Otto Wels auf. Das grosse Ereignis der gewaltigen Demonstration wird unvergessen bleiben.

SPD. München, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Die bayerische Regierung ist der Auffassung, dass durch die Uebernahme der Preussenregierung in die Gewalt des Reiches die Länder ihres verfassungsmässigen Vertretungsorgans in der Reichspolitik beraubt sind. Der Reichsrat sei durch den Eingriff des Reichspräsidenten in seinem Sinn und Zweck vollkommen zerstört. Als Abwehr bleibe den in Mitleidenschaft gezogenen Ländern zunächst nur das eine Rechtsmittel, sich mit einer Klage an den Staatsgerichtshof zu wenden. Bayern habe aber keine Neigung, diesen Weg zu beschreiten.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz fügt dieser offiziellen Mitteilung folgende Begründung hinzu: "Man hat die trübe Erfahrung gemacht, dass beim Obersten Gerichtshof des Reiches die Kraft für eine unabhängige Rechtsprechung in solchen von der Politik berührten Verfassungsfragen gebrochen ist. Damit ist ein schwerer Vorwurf gegen die Reichsgewalt ausgesprochen, die durch ihre Massnahmen in Preussen immer wieder neue Tatsachen geschaffen hat, die kein Staatsgerichtshof verdauen kann. Es ist heute soweit gekommen, dass es besser ist, den Staatsgerichtshof überhaupt nicht mehr in Verlegenheit zu bringen. Verzichten also die Länder auf die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel, so werden sie sich darauf besinnen müssen, ihre politischen Mittel umso stärker und entschiedener zum Einsatz zu bringen. Die bayerische Staatsregierung ist auf jeden Fall nicht gewillt, sich mit der geschaffenen Lage abzufinden."

SPD. Hitler lässt überall verkünden, dass er auf sein Gehalt als Reichskanzler verzichtet habe, weil er in der Lage sei, seinen Lebensunterhalt aus seinem Einkommen als freier Schriftsteller zu bestreiten. Mit dieser auf Propaganda berechneten Geste hat es eine eigenartige rechtliche Bewandnis.

Der Reichskanzler kann auf sein Gehalt rechtlich überhaupt nicht verzichten. Der Verzicht auf Dienstbezüge ist dem Beamtenrecht, bei dem es sich um öffentlich-rechtliche Ansprüche handelt, fremd. Man erinnere sich, dass seinerzeit der deutschnationale Reichsminister Schiele, als er wegen seiner Pensionsbezüge im Reichstag angegriffen wurde, erklärt hat, er habe verzichten wollen, doch sei leider ein derartiger Verzicht rechtlich nicht möglich. Er habe deswegen Anweisung gegeben, die ihm zustehenden unverzichtbaren Bezüge zu wohltätigen Zwecken an eine bestimmte Kasse zu überweisen.

Eine ähnliche Erklärung über die Unverzichtbarkeit der Ministerbezüge hat vor einiger Zeit der damalige thüringische Nazi-Innenminister Frick dem thüringischen Landtag gegeben. Auch unter der Regierung Brüning hat diese Frage eine Rolle gespielt. Das gesamte Kabinett Brüning hatte damals die Absicht, auf 20 Prozent der gesamten Bezüge zu verzichten. Obwohl es sich um einen freiwilligen Verzicht handelte, musste aus rechtlichen Gründen dieser 20prozentige Abzug durch Notverordnung festgesetzt werden.

Reichskanzler Hitler ist also rechtlich gar nicht in der Lage, auf seine Bezüge zu verzichten, wohl aber kann der Reichskanzler die Verwendung der ihm an sich zustehenden Bezüge zu anderen als den ursprünglich bestimmten Zwecken, also z.B. für soziale Zwecke, veranlassen. Dies soll auch unter anderen Reichskanzlern und Ministern vorgekommen sein, ist aber deren Privatangelegenheit und geht die Öffentlichkeit nichts an. Im übrigen ist es nicht ohne Interesse, festzustellen, dass dem Reichskanzler, der schon als Beamter seine ganze Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen hat, neben seiner amtlichen Tätigkeit noch soviel Zeit zu schriftstellerischer Betätigung bleibt, dass er davon seinen Unterhalt als höchster Beamter des Reiches bestreiten kann.

SPD. Frankfurt/M., 7. Febr. (Eig. Dr.)

Trotz der Auflösung aller kommunalen Körperschaften in Preussen trat am Dienstag nachmittag die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zu einer Sitzung zusammen, weil die Verordnung des Reichspräsidenten erst nach Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt um Mitternacht von Dienstag zu Mittwoch in Kraft tritt. Die Nazis verliessen die Sitzung nach Eröffnung mit der Begründung, dass die Beratungen keinen Zweck hätten. Die Sozialdemokratie protestierte gegen die Auflösungsverordnung. Ein kommunistischer Redner sprach über Anträge zur Winterhilfe und musste von dem sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher zur Ordnung gerufen werden. Als er schliesslich aus dem Saal gewiesen wurde, leistete er nicht Folge. Der Stadtverordnetenvorsteher hob daraufhin die Sitzung mit der Begründung auf, dass er es ablehne, die letzte Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums mit der polizeilichen Ausweisung eines Stadtverordneten zu schliessen.

SPD. Stuttgart, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Ulmer Nationalsozialisten haben an den Reichsinnenminister ein Telegramm gerichtet, in dem sie behaupten, die Nationalsozialisten seien am Sonntag von Demonstranten der Eisernen Front angegriffen und von der Polizei "niedergeknüppelt" worden.

Tatsache ist dagegen, dass die Nationalsozialisten an verschiedenen Stellen in den Zug eingebrochen sind, der Arbeiterjugend zwei Fahnen gestohlen, sie zerrissen und beschmutzt haben und in das Trommlerchor der Sportler eingebrochen sind. Dass sich die Polizei gegen derartige offenkundige Versuche, eine allgemeine Schlägerei zu provozieren, wandte, war nur ihre Pflicht, deren Erfüllung durch die musterhafte Disziplin der Eisernen Front erleichtert worden ist.

SPD. München, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Ortsverein München des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat ihr bisheriges Mitglied Dr. Dietrich, den Pressechef Hitlers, wegen schwerer Verbandsschädigung mit sofortiger Wirkung aus der Berufsorganisation der deutschen Journalisten ausgeschlossen.

Dietrich ist der Führer der Nazijournalisten, Sie haben eine böse verunglimpfende Erklärung gegen den Reichsverband erlassen, weil dieser vor der neuen Presseverordnung der Hitlerregierung öffentlich gewarnt hatte.

SPD. Amsterdam, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Landesverteidigungsminister hat alle sozialdemokratischen Zeitungen für Heer und Marine wegen ihrer Stellungnahme zu der Meuterei des Kriegsschiffes "Die sieben Provinzen" verboten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Drop interpellierte deshalb am Dienstag den Minister in der zweiten Kammer, wobei er darauf hinwies, dass man das Marinepersonal in Indonesien bis zum letzten Augenblick hinsichtlich eines beabsichtigten weiteren Lohnabbaues in Ungewissheit gelassen habe. In seiner Erwiderung lehnte der Minister die Zurückziehung des Verbotes der sozialdemokratischen Zeitungen ab.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Meuterei gegen Admiralsdiktatur.

Hollands Kolonialflotte gegen Soldabbau.

SPD. Amsterdam, 7. Febr. (Eig. Ber.)

Auf dem Schulschiff "Sieben Provinzen" der Kolonialflotte Niederländisch-Indiens ist es zu einer Meuterei gekommen. Als der Kapitän vor Sumatra an Land ging, bemächtigten sich die 171 eingeborenen malayschen Seeleute des Schiffes, setzten die 50 Seekadetten und holländischen Seeoffiziere gefangen und gingen mit dem Schiff in See. Der Panzerkreuzer "Eridamus" nahm sofort die Verfolgung auf. Ausserdem beteiligten sich ein Minenleger, zwei Unterseeboote und mehrere Dornier-Wal-Flugzeuge an dem Wettrennen. Bis jetzt ist das Schiff noch nicht aufgebracht. Die Aufständischen drohen die Beschiessung ihrer Verfolger an und funken gleichzeitig ihre Uebergabebedingungen.

+

Die Kolonialflotte Niederländisch-Indiens wird durch Steuern der Eingeborenen von den Sundainseln aufgebracht und erhalten. Die relativ starke Flotte ist vorwiegend in den Häfen Sumatras und Ceylons als Gegengewicht gegen den britischen Flottenstützpunkt Singapur im indischen Ozean stationiert. Die Besatzung dieser Kriegsflotte besteht aus Söldnern, die nach dem englischen System rekrutiert sind. Die niederländisch-indische Kolonialflotte ist die einzige der Erde, in der farbige Mannschaften in grosser Mehrheit Dienst tun. Der gesamte Offizierstamm besteht aus holländischen Seeoffizieren des Mutterlandes. Auch die technischen Unteroffiziere der Kriegsschiffe sind Holländer oder Europäer in holländischen Kolonialdiensten. Beim seemännischen Unteroffizierpersonal herrscht bereits das malaische Element vor. Der Mannschaftsbestand ist überwiegend malaisch, zumal die Bewohner der Sundas ohne hin ausgezeichnete Seeleute sind. Das Wasser ist ihr eigentliches Element. Diese besondere soziale Zusammensetzung des Mannschafts- und Unteroffiziersbestands der holländischen Kolonialflotte birgt eine Reihe Gefahren, die durch die besonderen technischen Bedingtheiten und durch das enge Zusammenleben auf den Schiffen noch gesteigert werden. Aus diesen Gründen sozialer und technischer Natur ist es den Seeleuten dieser Kolonialflotte als einzigen in der Welt auch gelungen, das Koalitionsrecht für die Kriegsschiffmatrosen durchzusetzen. Die Interessen der Mannschaften der Flotte Niederländisch-Indiens vertritt gegen die Marineverwaltung der Seeleute-Bund.

Im vergangenen Jahre mussten in dieser einzigartigen Kolonialflotte Aenderungen der Dienstverhältnisse und der Besoldungen vorgenommen werden. Die Wirtschaftskrise wirkte sich aus. Den Soldabbau bekamen vor allem die Mannschaften der Flotte zu spüren. Ihr Jahreseinkommen, das bis dahin etwa 200 Tical im Jahre betragen hatte, sollte um 26 Tical gekürzt werden. (13 Tical = 1 engl. Pfund) Der Abbau sollte bereits im September 1932 vorgenommen werden, in einer Zeit, da die Nachricht von der Selbstverwaltung der Philippinen die eingeborene Bevölkerung der Sundainseln erregte. Die Seeleute der Kolonialmarine traten sofort in einen Streik ein. Sie hatten Erfolg, als sich die aktiven Besatzungen der im Dienst befindlichen Kriegsschiffe mit ihnen solidarisierten. Der Lohnabbau wurde vertagt. Im November verfügte dann das holländische Kriegsministerium Lohnkürzungen für die eingeborenen Seeleute.

Daraufhin brachen Meutereien aus. Auch die Gewerkschaften der malaiischen und holländischen Seeleute wandten sich gegen den verfügbaren Abbau des Soldes. Er müsste wieder bis zum 1. Februar 1933 verschoben werden. Aber an diesem Termin wollte die Regierung sich durchsetzen, trotz der Warnung der holländischen Soldatengewerkschaften und trotz Verhandlungsbereitschaft der malaiischen Seeleute. Die Folge des Vorgehens der Regierung war zunächst die Meuterei auf den "Sieben Provinzen", einem alten Kreuzer, der nur noch als Kadettenschulschiff verwendet wurde.

Die Meuterei auf den "Sieben Provinzen" hat eine tiefe Bedeutung als Symptom für den Stand der Emanzipationsbewegungen der Eingeborenen auf den Sundainseln. Sie stellt eine sehr deutliche Schwächung der Kolonialpolitik der Niederlande im indischen Archipel, in unmittelbarer Nähe des bedrohlichen Flottenstützpunktes Singapur, dar. In Holland selbst hat man auch schon die Bedeutung solcher Aufstände erkannt und man billigt durchaus nicht alle Massnahmen der Militärs, die zur Unterdrückung solcher Bewegung angewandt werden. Es zeigt sich, dass allein mit drakonischen Massnahmen die Bewegungen der eingeborenen Seeleute nicht erstickt werden können. Die Meuterei auf den "Sieben Provinzen" wird im übrigen auf den Ausgang des Meutereiprozesses gegen die Novemberleute in Batavia nicht ohne Einfluss sein.

+ + +

Abtreibungsprozess. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II-Berlin begann am Dienstag eine auf mehrere Tage angesetzte Verhandlung gegen den Berliner Frauenarzt Dr. med. Albrecht Meyenberg, der der sechsfachen gewerbmässigen Abtreibung und ausserdem der zweimaligen fahrlässigen Tötung beschuldigt wird.

Meyenberg soll nach der Anklage pro Behandlung einen festen Preis von 200 Mark verlangt haben und nur dann davon abgegangen sein, wenn der ihn aufsuchende Patient zur Zahlung eines so hohen Betrages absolut nicht in der Lage war. Der Staatsanwalt ist weiter der Ueberzeugung, dass der Angeklagte, der auf Grund anonymer Anzeigen schon wiederholt in einschlägige Strafverfahren verwickelt war, sich durch die Vornahme der Abtreibungen eine regelmässige Einnahmequelle in seiner Praxis sichern wollte. Während die bisherigen Strafverfahren gegen den beschuldigten Arzt wegen mangelnder Beweise immer wieder eingestellt werden mussten, glaubte die Staatsanwaltschaft auf Grund des Todes von zwei von Dr. Meyenberg behandelten Patientinnen diesmal einen Prozess einleiten zu können. In diesen beiden tödlichen und auch in den anderen zur Verhandlung stehenden Fällen bestreitet der Angeklagte unter Hinweis auf die Angaben in seiner Kartothek jede Schuld. Sachverständige haben sich jedoch dahin geäussert, dass die Angaben der Meyenberg'schen Kartothek medizinisch unmöglich und wahrscheinlich auch erst nachträglich angefertigt worden seien.

+ + +

250 000 Dollar gestohlen! Einem Kaufmann in Philadelphia (USA) wurden Aktien und Bonds im Wert von 250 000 Dollar gestohlen. Um die Veräusserung der Papiere zu verhindern, wurde ihre Nummern und Kennzeichen an sämtliche Börsen, Banken und Maklern der Staaten gefunkt.

+ + +

Hochwasser. Die Oder und ihre Nebenflüsse steigen infolge der Schneeschmelze und des Dauerregens der letzten Tage in gefährlicher Masse an. Starker Eisgang schafft die Möglichkeit zu verhängnisvollen Ueberschwemmungen. Wasserämter und Feuerwehren sind in reger Abwehrtätigkeit. Wiederholt fanden Eissprengungen statt.

Auch Sachsen fürchtet Wassernot. Der Wasserspiegel der Elbe ist innerhalb 24 Stunden über 2 Meter gestiegen. Bei Bautzen wurde von der wild dahinströmenden Spree eine Brücke weggerissen. Wintersport kann nirgends mehr getrieben werden.

+ + +

Autokatastrophe. Am Dienstag Mittag stiess an einer Strassenkreuzung in Berlin-Wilmersdorf ein Auto einer Filmgesellschaft mit einem Lastkraftwagen der Reichswehr zusammen. Das Filmauto wurde von dem schweren Lastwagen überrannt und zerdrückt; seine Insassen - die Schauspielerin Luise Ullrich, der Schauspieler Wolfgang Liebeneiner, der Produktionsleiter Fred Lyssa und der Aufnahmeleiter Landsmann - wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Wolfgang Liebeneiner sollte am Dienstag Abend in der Erstaufführung der "Iphigenie auf Tauris" im Deutschen Theater spielen.

Grosseinbruch. Unerkannt entkommene Einbrecher entwendeten aus einem Konfektionsgeschäft in der Berliner Innenstadt für über 20 000 Mark Kostüme, Mäntel, Stoffballen usw.

Kiwit stellt sich! Der seit längerer Zeit von der Staatsanwaltschaft gesuchte Berliner Assessor Dr. Kiwit, einer der Hauptbeschuldigten in der grossen Autoschieberaffäre des flüchtigen Caféhausbesitzers Erban, hat sich am Dienstag dem Berliner Untersuchungsrichter gestellt. Kiwit liess sich jedoch erst zu einer Vernehmung herbei, nachdem ihm vorher vom Untersuchungsrichter freies Geleit für die Dauer der Vernehmung und für je zwei Stunden vorher und nachher zugesagt worden waren. Dass es dem beschuldigten Assessor bisher gelungen ist, sich der Festnahme zu entziehen, wird auf seine guten Verbindungen mit der Berliner Unterwelt zurückgeführt.

290 Kilometer! Das für sieben Personen bestimmte, neuerbaute sowjet-russische Passagierflugzeug "Chai I" erreichte bei einem Probeflug 290 Kilometer Stundengeschwindigkeit.

Zeppelin-Pläne. Das Luftschiff "Graf Zeppelin" nimmt am Sonnabend, den 6. Mai seine regelmässigen Südamerika-Fahrten wieder auf. Alle Fahrten enden in Zukunft in Rio de Janeiro. Die Preise sind um 20 Prozent reduziert worden.

Brand im Schiff! An Bord des zur Zeit in Barcelona liegenden 10 000 Tonnen grossen Hapag-Dampfers "Lüneburg" brach infolge Selbstentzündung der Jute- und Kopralladung Feuer aus. Der Brand konnte gelöscht werden; der Materialschaden ist sehr beträchtlich.

Gefährliches Rot. Die Prager Polizeibehörden wollen in Zukunft rote Lichtreklamen nicht mehr zulassen. Rot soll "weder ästhetisch noch gesund für die Augen" sein.

Die verhängnisvolle Pfeife. Ein Kölner Zugführer wurde wegen groben Unfugs bestraft und strafversetzt: er hat unter dem Ruf "Hände hoch, Geld heraus!" die Beamten einer Stationskasse mit - umgedrehter Tabakspfeife bedroht und dabei ein Effekt erzielt, dass die erschreckten Kollegen das Ueberfallkommando anriefen.

Der unwillkommene Buchbinder. Vor dem Brüsseler Gericht wird sich demnächst ein in der belgischen Hauptstadt bekannter Bücherliebhaber zu verantworten haben. Er hat 150 wertvolle Bände der Renaissance-Literatur aus der Nationalbibliothek entwendet - aber nicht etwa weiterverkauft, sondern voller Liebe ausgebessert und sachkundig neu eingebunden. Er erklärte dem Untersuchungsrichter, dass er sich als "Bücherheiland" fühle und dass er sich nur aus Mitleid der armen Bücher angenommen habe.



Schlechte Warenmärkte.

Impuls zur Belebung der Wirtschaft von den Warenmärkten her ausgeschlossen.

SPD. Von einer Erholung an den grossen Warenmärkten, auf die der Wirtschaftsplan der Regierung von Papen abgestellt war und die anscheinend auch die wirtschaftspolitischen Hoffnungen des gegenwärtigen Kabinetts charakterisiert, ist leider wenig zu merken.

Man verweist dafür auf die völlige Stagnation der politischen Verhältnisse, weiter auf die amerikanisch-englischen Schuldenverhandlungen usw.. Aber die bevorstehenden grossen internationalen Ereignisse, wie die Schuldenverhandlungen in Washington und die Weltwirtschaftskonferenz, sind Nebensächlichkeiten geworden. Eine Welle von Misstrauen überflutet die Weltwirtschaft. Es fehlt an Vertrauen, es fehlt an Optimismus. Jeder will abwarten, was wird. Unter diesen Umständen zeigen sich auch auf den Weltwarenmärkten die Krisenerscheinungen wieder einmal stärker, die man vor noch nicht allzu langer Zeit in der Hauptsache überwunden zu haben glaubte. Am besten drückt sich das in der Preisentwicklung aus, die im Grunde genommen von der Hausse im Sommer 1932 an abwärts gerichtet war. Wir geben darüber eine Zusammenstellung, in der wir den höchsten Kurs während des Jahres 1932, also in der Regel den Kurs während der Sommerhausse an den Weltwarenmärkten, und den höchsten Kurs 1933 berücksichtigen:

	Höchster Preis 1932	Höchster Preis 1933	Anfang Februar 1933
Weizen Chicago in Cents je Bushel	60,87	50,25	47,37
Mais Chicago in Cents je Bushel	40,25	27,86	25,87
Zucker New-York in Cents je lb.	1,13	0,73	0,67
Kupfer New-York in Cents je lb.	7,50	5	5
Zink London in Pfund je Tonne	16,5	15	14
Blei London in Pfund je Tonne	15 1/8	10 11/16	10 11/16
Baumwolle New-York in Cents je lb.	9,20	6,40	5,90
Kautschuk London in Schilling je lb.	0,3 11/16	0,3	0,2 5/8.

Dieser starke Sturz der Preise muss in dem Ausmass den Pessimismus fördern, wie die Hausse vom Sommer 1932 den Optimismus gefördert hat. An einen Impuls zur Belebung der Wirtschaft von den Warenmärkten her ist vorläufig nicht zu denken.

Wenn dieser oder jener Markt sich in der Welle des Misstrauens besser behaupten konnte, dann liegen dafür besondere Gründe vor. So konnte sich Wolle infolge der Senkung des neuseeländischen Pfundes besser halten. Die Vorgänge auf dem Währungsgebiet haben das Wollgeschäft in den Ueberseestaaten zeitweise belebt. Eine gewisse Stetigkeit zeigten auch die Baumwollmärkte; wahrscheinlich deshalb, weil die nordamerikanische Entkernungsstatistik die befürchteten unangenehmen Ueberraschungen nicht gebracht hat. Im übrigen scheint man - oder man tut wenigstens so - in den Vereinigten Staaten von Nordamerika an die projektierte Verringerung der Baumwollanbaufläche mit Hilfe von Prämien (Subventionen) zu glauben.

Die Metallmärkte liegen unsicher, was in erster Linie mit Kartellprojekten zusammenhängen dürfte. So haben sich im europäischen Zinkkartell, in dem sich die grossen Betriebseinschränkungen in einer Befestigung der Preise bemerkbar machen konnten, Schwierigkeiten ergeben. Man rechnet mit einem Zerfall des Kartells. Auf dem Kupfermarkt geht der Kampf zwischen den amerikanischen und afrikanischen Gruben, also der Kampf zwischen England und Amerika weiter. Auf dem Zinnmarkt ist der Zinnpool dabei, grössere Preisrückgänge zu verhüten.

Die Getreidepreise stehen auf den Weltmärkten weiter unter Druck, obwohl man sich darüber klar ist, dass es um den Stand der Wintersaaten, z.B. in Nordamerika nicht gut aussieht. Andererseits drücken die Bestände und das umso schlimmer, je mehr sich die europäischen Staaten, vor allem Frankreich, Deutschland und Italien, und in gewissem Sinne auch England, mit allen Mitteln "unerwünschte Zufuhren" vom Leibe halten. In den kontinentalen Ländern glaubt man das "Ideal" der Selbstversorgung erreicht zu haben. Man übersieht aber dabei, dass man die Selbstversorgung mit ungeheuer hohen Preisen erkaufte hat und dass man sich in den Gestehungskosten derart stark von den Gestehungskosten der überseeischen Staaten entfernt, dass darin die Keime für eine neue Agrarkatastrophe und für eine neue Agrarkrise liegen.

- SPD. Am Dienstag hat sich die Erholung an der Berliner Wertpapierbörse fortgesetzt. Vor allem war davon der Markt für festverzinsliche Papiere begünstigt. Es zeigt sich deutlich, dass die Börse ihre Hausse haben will. Andererseits sind zahlreiche sogenannte Ablösungskäufe zu beobachten. Hier kommt der Markt für Pfandbriefe in Frage. Während der letzten Baisse sind Pfandbriefe ungefähr um 8 % zurückgegangen. Für die Schuldner der grossen Pfandbriefinstitute lohnt es sich also, jetzt Pfandbriefe aufzukaufen. Das gibt dem Markt eine gewisse Stütze. Im übrigen sind infolge der Kurserholung am Montag die vorliegenden Verkaufsaufträge zum grössten Teil gestrichen worden. Dagegen hat das Publikum, wenn auch in beschränktem Umfang, Kaufaufträge erteilt. Vorläufig ist also die Börse auf Hausse eingestellt. Wie lange, das steht auf einem anderen Blatt Papier.

Auf dem Rentenmarkt betrugen die Gewinne im Durchschnitt bis zu 3 %. Stahlvereinsobligationen zogen, immer von Montag auf Dienstag, von 60,5 auf 66 an, Altbesitzanleihen von 60 auf 64, Mecklenburgische Anleihe von 65 auf 69½, Deutsche Kommunal-Sammelanleihe von 54 3/8 auf 58. Pfandbriefe und Kommunalobligationen gewinnen 1 bis 2 %. Die Reichsbank, die in der verflossenen Woche starke Kursverluste zu verzeichnen hatte, konnte am Dienstag von 140½ auf 144½ aufholen. RWE zogen von 83 auf 89 an.

SPD. Die Wuchergewinne, die die deutsche Zuckerwirtschaft auch im Kri= senjahr 1932 erzielte, haben jetzt zu ernststen Auseinandersetzungen zwischen den Interessenten geführt. Der Streit geht darum, wer den Löwenanteil an den Riesengewinnen haben soll, die Grossagrariar oder die Zuckerfabriken. Das ist der Sinn des Kampfes um die Zuckerkontingente, der augenblicklich geführt wird.

Zu den Waren, deren Preis während de Krise nicht gefallen ist, gehört der Zucker. Der Zuckerpreis liegt weit über Vorkriegsstand. Das Kunststück hat man wie folgt fertig gebracht: Durch überhöhte Zölle und Vereinbarungen ist die Zuckereinfuhr aus dem Ausland nach Deutschland völlig unterbunden. In Deutschland selbst gibt es die gesetzlichen Richtpreise für Zucker, die stark überteuert sind. Um die verteuerten Preise aufrecht erhalten zu können, ist der Zuckerrübenanbau begrenzt, d.h. kontingentiert worden und zwar zu Gunsten der grossen Güter und zum Schaden der kleinen Zuckerbauer. Mit diesen Massnahmen hält man den deutschen Zuckerpreis beispiellos überhöht. Allerdings ist der Zuckerverbrauch in Deutschland während des Vorjahres bei die= ser Preispolitik fast um 1/5 zurückgegangen.

Die Zuckerfabriken haben aber gut verdient. Gut verdient hat auch die Landwirtschaft, die Zuckerrüben baut. So ist der Wunsch der Landwirtschaft verständlich, mehr Zuckerrüben anzubauen als bisher. Die Interessengemein= schaft der Zuckerwirtschaft hat für das Jahr 1933 den Anbau auf 64 % des Grundkontingents festgesetzt. Die Landwirtschaft verlangt aber ein höheres Kontingent. Das bedeutet eine Steigerung der Produktion und die Anhäufung von unverkäuflichen Zuckerbeständen, die zu Lasten der Zuckerfabriken gehen. Aus diesen Erwägungen v ären sich die Zuckerfabriken.

Die Zuckerfabriken scheinen aber das Gefühl zu haben, dass die Land= wirtschaft auch auf diesem Gebiet ihre Wünsche durchsetzen wird. Dabei ist es für die Zuckerfabriken nicht damit getan, dass sie einen Teil der er= zielbaren Gewinne an die Landwirtschaft abtreten; sie haben vielmehr noch die andere Sorge, wie man den Zucker verwenden soll, den die Landwirtschaft mehr produziert haben will. Man könnte diese Frage einfach lösen, indem man die überhöhten Zuckerpreise heruntersetzt. Dadurch würde der Verbrauch an= geregt werden. Aber Preisermässigungen will man unter keinen Umständen. So ist man dem Gedanken näher getreten, den mehrzuproduzierenden Zucker nach dem Ausland zu verschleudern. Im verfloffenen Jahr hat die deutsche Zucker= industrie keinen Zucker nach dem Ausland exportiert, weil die im Ausland er= zielbaren Preise für sie Verlustpreise sind. Der deutsche Zuckerpreis ist viermal so hoch als der Auslandspreis. Jetzt scheinen die deutschen Zucker= fabriken jedoch der Frage, deutschen Zucker wieder nach dem Ausland auszu= führen, unter dem Druck einer höheren Rübenkontingents näher treten zu wol= len. Man wird also in Zukunft wieder deutschen Zucker nach dem Ausland ver= schleudern. In Deutschland nimmt der Zuckerverbrauch ab, weil der Zucker= preis zu hoch ist. Die überhöhten Preise werden benutzt, um deutschen Zucker nach dem Ausland zu verschenken.

SPD. Der Grosshandelsindex hat sich im Monat Januar um 1,5 % gesenkt und zwar ging er, Preise von 1913 = 100 gesetzt, von 92,4 im Dezember 1932 auf 91 im Monat Januar zurück.

SPD. Die Papen-Regierung hat im Herbst den deutsch-jugoslavischen Handelsvertrag gekündigt, um die Bindung der Zölle für Eier, Bohnen und Pflaumen zu lösen und kräftige Zollerhöhungen vornehmen zu können. Da am 6. März die Kündigung in Kraft tritt, haben am Dienstag die Verhandlungen zwischen Deutschland und Jugoslawien wegen der Neuabschliessung eines Handelsvertrages begonnen.

Im Vordergrund steht dabei die zukünftige Höhe des Eierzolls, da bei den andern Zöllen noch Bindungen mit andern Vertragsländern vorliegen, sodass eine weilen eine Erhöhung dieser Zollsätze nicht vorgenommen werden kann. Die deutsche Landwirtschaft verlangt eine Erhöhung des jetzigen Vertragszollsatzes für Eier von 5 Mark auf 100 bis 125 Mark. Die Zollbelastung soll von 0,3 Pfennig je Ei auf 6 Pfennig gesteigert werden. Diese irrsinnige Zollforderung scheint sich die Regierung nicht zu eigen machen zu wollen. Das Kabinett Papen hatte eine Erhöhung auf 50 Mark für ausreichend gehalten und jetzt scheint man sich infolge des jugoslavischen Widerstandes auf 30 Mark einigen zu wollen. Das bedeutet aber auch schon eine Erhöhung des Zolles um das Sechsfache.

Das Ei wird also zukünftig mit einem Zoll von 1,8 Pfennig belastet sein. Hierdurch wird am wenigsten Jugoslawien betroffen werden; denn es hat nach Deutschland im vergangenen Jahre nur 51 Millionen Stück Eier eingeführt. Immerhin betrug der Anteil des jugoslavischen Eierexports am Gesamtexport nach Deutschland 10 %. Ungleich stärker werden aber die grossen Eierexportländer durch die Zollerhöhung betroffen werden. So führte Holland im verflossenen Jahre 895 Millionen, Dänemark 327, Belgien 258, Rumänien 250 und Bulgarien 189 Millionen Stück Eier nach Deutschland aus. Deutschland hat nun allen Grund, gerade die ersten drei Länder möglichst wohlwollend zu behandeln; denn wir sind in viel stärkerer Masse auf die Ausfuhr nach diesen Ländern angewiesen als sie auf die Einfuhr ihrer Erzeugnisse nach Deutschland. Diese drei Länder kauften im Jahre 1931 für 1100 Millionen Mark Industrieerzeugnisse von uns, während wir ihnen nur für 540 Millionen Mark Waren abnahmen. Jede Erschwerung der Einfuhr aus diesen Ländern führt zu einer Behinderung unserer Ausfuhr. Ein Rückgang unseres Industrieexports bedeutet aber Verstärkung der Arbeitslosigkeit in Deutschland und damit eine Verringerung der Absatzmöglichkeiten für die Landwirtschaft. Daher wird das, was die Landwirtschaft an der Eierzollerhöhung verdient, wieder wettgemacht durch die Verringerung der Kaufkraft der Industriearbeiterschaft. Nicht eine Eierzollerhöhung kann der Landwirtschaft helfen, sondern nur eine Verbilligung der Produktionskosten für die Geflügelwirtschaft, also eine Senkung der Futtergetreidepreise. Zu dieser Erkenntnis wird sich die Hitler-Regierung aber leider nicht durchringen.

SPD. Das Angebot entsprach auf fast allen Märkten nicht ganz der Nachfrage. Die Angebotslage veranlasste die Verkäufer, höhere Preisforderungen zu stellen. Bei z.T. glattem Handel wurden auch höhere Preise erzielt. Aber es war sehr schwierig, zu höheren Preisen zu verkaufen. Durchweg mussten die Verkäufer von ihren anfänglich sehr hohen Forderungen heruntergehen.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund 38 (-), b) 240 - 300 Pfund 38 (34-36), c) 200-240 Pfd. 36, - 38 (34-35), d) 160-200 Pfd. 34-36 (32-34), e) 120-160 Pfd. 32-34 (30-32), Sauen 33-35 (31-33). Schafe: a) 31-32 (31-32), b) 29-30 (29-30), c) 26-28 (26-28), d) 17-24 (17-25). Kälber: b) 33-40 (33-38), c) 25-33 (24-32), d) 17-24 (17-25). Kühe: a) - (22-24), b) 18 - 21 (18-20), c) 15-17 (15-17), d) 10-14 (10-14).

Steigendes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Februar)

SPD. Der Umsatz war auf beiden Märkten äusserst klein, trotzdem zur Erfüllung von Kontraktlieferungen sich gewisse Kauflust zeigte. Die Roggennotierungen lagen am Lieferungsmarkt schwächer. Hafer zeigte dagegen anziehende Preise. Das Angebot war auch am Dienstag stärker.

	6. Febr.	7. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	188 - 190	188 - 190
Roggen	154 - 156	154 - 156
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	116 - 118	115 - 118
Weizenmehl	22,65 - 25,90	22,65 - 25,90
Roggenmehl	20,00 - 21,90	19,90 - 21,90
Weizenkleie	8,10 - 8,50	8,10 - 8,50
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 207 - 206 $\frac{3}{4}$ (207 $\frac{1}{4}$), Mai 209 - 208 $\frac{1}{2}$ (209 $\frac{1}{2}$). Roggen März 167 $\frac{1}{4}$ - 166 $\frac{1}{2}$ (167 $\frac{3}{4}$), Mai 169 - 168 $\frac{1}{2}$ (169 $\frac{3}{4}$). Hafer März - (-), Mai 129 - 128 (128 $\frac{1}{2}$).

Rauhfutternotierungen.

(7. Februar)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	 RM	0,50 - 0,65
" " Weizenstroh "	 RM	0,40 - 0,50
" " Haferstroh "	 RM	0,40 - 0,50
" " Gerstenstroh "	 RM	0,40 - 0,50
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	 RM	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	 RM	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh	 RM	0,40 - 0,50
Häcksels Tendenz: belebt	 RM	1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	 RM	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken	 RM	1,80 - 2,10
Luzerne, lose	 RM	2,25 - 2,55
Thymothee, lose	 RM	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	 RM	2,20 - 2,50
Drahtgepresstes Heu	 RM	0,40 über Notiz

Tendenz: stetig.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 7. Februar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 90, II. Qualität 83, abfallende Sorten 76 RM je 50 kg. Tendenz: ruhig.



Schliesst die Reihen!

Das Beispiel der Seeleute: Einheitlicher Kampfblock gegen Tarifbruch.

SPD. In der deutschen Seeschifffahrt haben sich alle seemannischen Berufsorganisationen zu einer gemeinsamen Kampffront gegen den Tarifbruch der Reeder zusammengeschlossen. Die Scharfmacher unter den Reedern wittern Morgenluft. Sie glauben, jetzt wo die Nazis in Deutschland am Ruder sind, den Seeleuten alles bieten zu können. Mit der Bildung eines einheitlichen Kampfblocks zur Verteidigung ihrer Existenz haben die deutschen Seeleute der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft ein Beispiel gegeben: Zusammenschluss und Zusammenhalt ist das Gebot der Stunde. Die Existenz der ganzen deutschen Arbeiterbewegung steht auf dem Spiel. Vielleicht erkennen die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen noch rechtzeitig, wieviel es geschlagen hat.

Wirtschaftskrise und deutsche Handelspolitik haben der deutschen Seeschifffahrt übel mitgespielt. Schon seit langer Zeit ist über ein Drittel der deutschen Handelsflotte vom Weltverkehr überhaupt ausgeschaltet. Tausende deutscher Seeleute aller Chargen sind mit ihren Familien dem grössten Elend ausgeliefert. 400 000 Tonnen der aufgelegten deutschen Handelsflotte werden abgewrackt und etwa 80 000 Tonnen von den aufgelegten Handelsschiffen sind an das Ausland verkauft worden. Den Reedern wurden von der Reichsregierung Abwrackprämien zugebilligt, während die erwerbslosen Seeleute für die Verschrottung ihrer Arbeitsplätze in keiner Form irgend einen Ersatz erhalten haben, obwohl Tausende durch die Verkleinerung der Handelsflotte überhaupt keine Aussicht mehr haben, jemals wieder in der Seeschifffahrt arbeiten zu können.

Damit aber noch nicht genug. Die Reeder wollen die Last der Krise und die Folgen einer verhängnisvollen Aussenhandelspolitik restlos auf die Seeleute abwälzen, obwohl deren Verelendung allmählich unheimliche Formen angenommen hat. Die Geduld der Seeleute war beispiellos, aber diese Geduld wurde von den Reedern übel gelohnt. Diese Geduld ist nun erschöpft, und der Scharfmacherkurs der Reeder hat das Wunder fertig gebracht, dass sich die Seeleute aller Chargen, vom Kapitän angefangen bis hinunter zu den Heizern, in einer Einheitsfront zusammengeschlossen haben. Es ist bezeichnend, dass dieser mächtige Kampfblock deutscher Seeleute in einem Augenblick zustande gekommen ist, wo in Deutschland die schwärzeste Reaktion drohend ihr Haupt erhebt und sich anschickt, aus dem deutschen Arbeiter einen Sklaven zu machen.

Das Tarifrecht der Seeleute - so betont der Aufruf der Kampffront, mit dem diese sich an die breite Öffentlichkeit wendet, ist in Gefahr. Seit 14 Jahren bestehen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Seeschifffahrt Tarifverträge. Das Reichsarbeitsministerium hat die Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt. Die Vertragstreue der Seeleute steht ausser Zweifel. Heute aber brechen bereits einzelne Reeder bewusst den Tarif. Sie benutzen die Krise zur Vergewaltigung des Rechtes Ihrer Schiffsoffiziere und Mannschaften und zwingen sie ohne Unterschied der Charge unter Drohungen zum Verzicht auf wohlverworbene Rechte und zum Verrat an der gemeinsamen Sache. Bewusst werden die Erwerbslosen gegen die noch in Arbeit stehenden Kameraden ausgespielt. Die Arbeitslosen lehnen es jedoch ab, die ihnen zugedachte Verräterrolle zu spielen.

Wie begründen die Tarifsaboteure den Rechtsbruch? Sie berufen sich zu ihrer Rechtfertigung auf die Not, die angeblich Eisen breche. Und worin besteht das Ziel des Rechtsbruchs? Durch Zahlung niedrigster Heuer und Gewährung schlechtester Lebensbedingungen für die deutschen Seeleute wollen die Reeder mit Letten, Finnen und Griechen konkurrenzfähig werden. Auf legalem Wege sind sie nicht zu ihrem Ziel gelangt. Darum verfügen sie eigenmächtig, nachdem die Tarifheuern schon zweimal gekürzt worden sind, weitere Kürzungen um 20, 30, 40 und mehr Prozent. Ebenso skrupellos sind sie bei dem Abbau der Besatzungen, wodurch für den an Bord verbliebenen Seemann die Arbeitszeit ins Ungemessene verlängert, ja das Recht auf Urlaub und Freizeit illusorisch gemacht wird, die Sicherheit der Schifffahrt nicht mehr gewährleistet ist. Die Tarife sollen zertrümmert werden und mit ihnen alle Rechte, die mühsam Schritt um Schritt seit Kriegsende aufgebaut worden sind. In die Rechtlosigkeit der Vorkriegszustände sollen die Seeleute wieder hineingezwungen werden.

Der Aufruf sämtlicher seemannischer Berufsorganisationen schliesst mit einem Appell an den einzelnen Seemann, der von jedem deutschen Arbeiter beherzigt werden sollte, weil er an jeden gerichtet sein könnte. "Der einzelne Seemann", so lautet der Appell, ist sich nicht allein verantwortlich. Sobald er nachgibt, auf einen Teil seiner Heuer oder auf andere Rechte des Tarifs verzichtet, tut er es nicht für sich und den Augenblick, sondern für die Gesamtheit seiner Kameraden und wahrscheinlich auf Jahre hinaus. Kann der einzelne diese Verantwortung tragen? Nein! Jeder lehne darum Privatverhandlungen ab. Keiner fahre unter Tarif! Keiner mustere anders als laut Tarif! In dieser Stunde muss sich jeder Seemann als Kämpfer für die ganze Gruppe fühlen. Es gilt, die Gefahr zu erkennen, die allen gemeinsam droht ohne Rücksicht auf Charge und Rang, ob erwerbslos oder in Fahrt. Es gilt, nach dieser Erkenntnis solidarisch zu handeln, zur Verteidigung der gemeinsamen gerechten Sache."

SPD. Der Reichsarbeitsminister Seldte wird, wie mit Bestimmtheit verlautet, das Reichskommissariat für den Arbeitsdienst selbst übernehmen. Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Syrup dürfte auf den Posten des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zurückkehren.

SPD. In Frankreich steigt unaufhaltsam die Arbeitslosigkeit trotz der in vielen Industrien festzustellenden Wiederbelebung. Bei dem letzten Abschluss der Statistik Ende Januar betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen 316 259, d.h. 10 159 mehr als in der Vorwoche. Damit wurde die im März 1932 erreichte Höchstziffer von 305 416 erheblich überschritten.

Auch die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter hat zugenommen. Sie stieg von 7 335 auf 7 722. Infolgedessen hält die Rückwanderung der ausländischen Arbeiter in ihre Heimat an. In der Woche vom 23. bis 28. Januar haben 1 203 ausländische Arbeiter Frankreich verlassen; 44 sind in derselben Woche neu zugewandert. -

Die englische Arbeitslosenzahl ist ebenfalls gestiegen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug Ende Januar rund 2,9 Millionen. Das sind 175 000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

SPD. Im Grubenrevier von Carmaux (Südfrankreich) wird zur Zeit ein scharfer Lohnkonflikt durchgefochten. Die Arbeiter haben durch einen 24stündigen Streik die Unternehmer darauf aufmerksam gemacht, dass sie im Konflikt, der zur Zeit Gegenstand von Verhandlungen ist, einiges zu riskieren haben, wenn sie keinerlei Entgegenkommen zeigen.

SPD. Die Lohnordnung für die Berg- und Hüttenwerke im Nordwestharz ist vom Arbeitgeberverband zu Ende Februar gekündigt worden. In den ersten Verhandlungen verlangten die Arbeitgeber eine Kürzung des Hauerschichtlohns auf 4,35 Mark; das würde für den Oberharzer Bergbau einen Lohnabbau um 8,4% und für den Unterharzer einen Abbau um 14% bedeuten. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Arbeitgeber wollen jetzt den Schlichter anrufen.

SPD. Die Betriebsratswahl bei der A.G. Weser, der grössten Bremer Werft, einer ehemaligen kommunistischen Hochburg, endete mit einem entschiedenen Sieg der freigewerkschaftlichen Liste und einer katastrophalen Niederlage der RGO. Insgesamt wurden 910 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die freien Gewerkschaften 794 Stimmen = 7 Mandate und auf die RGO 98 Stimmen = 1 Mandat. 18 Stimmen waren ungültig.

Den Kommunisten ist es trotz einer riesigen Propagandatätigkeit, die sogar ihre Propaganda während der letzten Reichstagswahl übertraf, nicht gelungen, nennenswerte Erfolge zu erzielen.

Die Nationalsozialisten hatten garnicht gewagt, eine eigene Liste aufzustellen. Sie würden es in ganz Deutschland nicht wagen, in irgend einen Betrieb sich mausig zu machen, wenn die Arbeiter einig wären.

SPD. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Harald Butler, hat an den früheren Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Dr. Grieser, dem die Hitlerregierung den Laufpass gegeben hat, ein ehrendes Schreiben gerichtet. Butler gedenkt darin der langjährigen, in vieler Hinsicht ergebnisreichen, Zusammenarbeit Griesers mit der internationalen Sozialpolitik. "Mit so vielen, die in Genf mit Ihnen zusammengearbeitet haben, darf ich" - betont Butler - "mich eins wissen, wenn ich Ihnen aufrichtig danke für all das, was Sie für die internationale Sozialpolitik getan haben." -

Zu dieser internationalen Ehrung für Grieser bemerkt "Der Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften: "Aus diesem Schreiben klingt deutlich das Nichtverstehenkönnen, dass in Deutschland eine Kraft wie Grieser kaltgestellt wird."

Der Reichspräsident hat an Dr. Grieser ein Dankschreiben gerichtet. Es schliesst mit dem Satz: "Ihre Verdienste um die deutsche Sozialpolitik in der Zeit schwerer wirtschaftlicher Krise werden Ihnen unvergessen bleiben."

Der Reichspräsident rühmt Griesers Verdienste, und die Hitlerregierung schickt dem Verdienstvollen den Laufpass.
